

Gruppe 22 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

23. März 2015

Afghanistan

Sicherheitslage

Auch in der vergangenen Woche ereigneten sich zahlreiche sicherheitsrelevante Vorfälle. So starben am 16.04.15 zwei Frauen bei der Explosion einer Straßenbombe im Distrikt Andar der südöstlichen Provinz Ghazni. Bei einem Selbstmordanschlag auf ein Polizeifahrzeug in der südlichen Provinz Helmand kamen ein Polizist und vier Zivilisten um. Am 17.03.15 wurden insgesamt 20 Polizisten bei zwei Bombenanschlägen in der südwestlichen Provinz Paktika und in der westlichen Provinz Farah verletzt. In der zentralafghanischen Provinz Daikundi starb der Polizeichef des Distrikts Kajran bei einem Bombenanschlag. In der zentralafghanischen Provinz Logar griffen Unbekannte das Haus eines Stammesältesten an und töteten drei Frauen. Am 18.03.15 griff ein Selbstmordattentäter in Lashkargah (Hauptstadt der südlichen Provinz Helmand) den Gouverneurssitz und andere Regierungseinrichtungen an und tötete mindestens sieben Zivilisten, 46 Personen wurden verletzt. Am 19.03.15 kam der Polizeichef der südlichen Provinz Uruzgan bei einem Selbstmordanschlag in der Hauptstadt Kabul um. Am 22.03.15 töteten Taliban im Distrikt Andkhoi der nördlichen Provinz Faryab fünf Einwohner, darunter drei Dorfvorsteher.

Weitere Angriffe auf Sicherheitskräfte und Militäroperationen, bei denen es teilweise zivile Opfer gab, ereigneten sich in Helmand, Nimroz, Zabul (Süden), Ghazni, Khost (Südosten), Nangarhar, Kunar (Osten), Farah, Herat (Westen), Kunduz (Nordosten), Jawzjan (Norden).

IS fasst Fuß

Nach Erkenntnissen der Vereinten Nationen hat der IS auch in Afghanistan Fuß gefasst. Der Hauptfeind seien weiterhin die Taliban, Berichte ließen aber auf einen wachsenden Einfluss des IS schließen (vgl. BN v. 16.03.15, 09.03.15, 02.03.15). Dabei handelt es sich sowohl um ausländische Kämpfer als auch um Taliban, die sich dem IS angeschlossen haben.

UN verlängert Hilfsmission

Der UN-Sicherheitsrat hat das Mandat der UN-Hilfsmission in Afghanistan um ein weiteres Jahr bis zum 17.02.16 verlängert.

Lynchmord an Frau in Kabul

Am 19.03.15 wurde eine vermutlich geistig Behinderte, die einen Koran verbrannt haben soll, auf offener Straße im Zentrum der Hauptstadt Kabul von einer aufgebrachten Menge zu Tode geprügelt und verbrannt. Die Sicherheitskräfte schritten nicht ein.

Pakistan

Todesstrafe

Seit Aufhebung des Moratoriums im Dezember 2014 (vgl. zuletzt BN v. 16.03.15) wurden 48 Menschen hingerichtet.

Erneut Anschläge auf Polio-Impfteams

Am 17.03.15 wurden eine Impfhelferin und ein Polizist in Nordwestpakistan erschossen.

Militäroperation in den Stammesgebieten

Nach den Anschlägen auf zwei Kirchen am 15.03.15 (vgl. BN v. 16.03.15) hat das pakistanische Militär nach eigenen Angaben bei Luftangriffen und Bodenkämpfen in der Region Khyber ca. 80 Kämpfer der Tehrik-e-Taliban und Lashkar-e-Islam getötet.

Türkei

Hilfe für syrische Flüchtlinge

Der deutsche Minister für Entwicklungshilfe sagte der Türkei bei einem Besuch in der türkisch-syrischen Grenzregion Kilis am 20.03.15 Hilfen von rund 11,5 Millionen Euro zu, mit denen hauptsächlich die türkischen Kommunen im Grenzgebiet durch Verbesserungen der Infrastruktur (Schulen, Wasser, Entsorgung) unterstützt werden sollen. Nach Angaben des UNHCR leben in der Türkei 1,7 Millionen registrierte syrische Flüchtlinge, die Mehrheit außerhalb von Lagern.

Öcalan ruft erneut zur Beilegung des Kurdenkonflikts auf

In einer Botschaft zum kurdischen Neujahrsfest „Newroz“, die am 21.03.15 in Diyarbakir verlesen wurde, rief der inhaftierte Führer der verbotenen kurdischen Arbeiterpartei PKK, Abdullah Öcalan, seine Partei auf, einen Kongress zu organisieren, „um den 40 Jahre langen Kampf gegen die Türkische Republik zu beenden“. Der Kongress solle dafür „eine gesellschaftliche und politische Strategie“ festlegen, um eine „neue Ära“ im Verhältnis der Kurden zur Türkei zu beginnen. Der türkische Präsident Erdogan erklärte, er hoffe, dass Öcalans Botschaft zu einem „Meilenstein für Frieden und Solidarität“ werde.

Syrien

Anschläge zum Neujahrsfest in Hassaka

Am 21.03.15 ereignete sich während der kurdischen Neujahrsfeierlichkeiten „Newroz“ ein Selbstmordanschlag des IS. Zwei Explosionen töteten mindestens 45 Menschen, rund 70 sollen verletzt sein. Im syrisch-irakischen Grenzgebiet kämpfen hauptsächlich Kurden gegen den IS um die Kontrolle der Städte Tall Tamer und Ras Al-Ain.

Irak

Menschenrechtsverletzungen im Kampf gegen IS

Der Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch zufolge haben Milizen, freiwillige Kämpfer und irakische Sicherheitskräfte vorsätzlich zivile Objekte zerstört, nachdem sie den IS Anfang September aus der Stadt Amerli und Umgebung vertrieben haben. Der Bericht dokumentiert, dass Milizen das Eigentum sunnitischer Zivilisten plünderten, die vor den Kämpfen geflüchtet waren, ihre Häuser und Geschäfte niederbrannten und mindestens zwei Dörfer vollständig zerstörten.

UN wirft IS Völkermord vor

Nach Einschätzung von UN-Experten haben die Bluttaten der IS-Milizen das Ausmaß von Völkermord erreicht. Die IS-Milizen würden Kriegsverbrechen und Verbrechen gegen die Menschlichkeit begehen. Der Vorwurf des Völkermords gegen den IS bezieht sich auf die gezielte Tötung von Angehörigen der Minderheit der Yeziden. Auch an Schiiten und Angehörigen anderer Religions- und Volksgruppen hätten sich die IS-Milizen vergangen. In dem Bericht werden auch den irakischen Sicherheitskräften und verbündeten Gruppen schwere Verbrechen vorgehalten. Häufig hätten sie Zivilisten ermordet, gefoltert und entführt.

Jemen

Houthi-Rebellen entlassen Regierung aus Hausarrest/Sitzung des UN-Sicherheitsrats

Die seit September 2014 in der Hauptstadt Sanaa herrschenden Houthi-Rebellen haben die faktisch abgesetzte Regierung von Präsident Abed Rabbo Mansour Hadi nach knapp zwei Monaten aus dem Hausarrest entlassen. Am 16.03.15 bestätigte Regierungschef Khaled Bahah die Freilassung auf seiner Facebook-Seite. Die Regierungsmitglieder dürften sich frei bewegen. Bahah selbst verkündete, Sanaa verlassen zu wollen. Der UN-Sicherheitsrat forderte in einer Sondersitzung am 22.02.15 die Houthi-Rebellen zum Rückzug auf und äußerte seine Besorgnis, dass das Land in eine ähnliche Situation wie Syrien, Irak oder Libyen geraten könne.

Militärische Entwicklung/Sicherheitslage

Die Houthi-Rebellen haben die drittgrößte Stadt Tais (Südjemen, zwischen Sanaa und Aden, rd. 500.000 Einwohner) erobert.

Verbündete der al-Qaida sollen am 20.03.15 im Südjemen die Stadt Al Huta erobert haben.

Am 20.03.15 verübte eine angeblich mit der Terrormiliz „Islamischer Staat“ verbundene Gruppe in Sanaa Selbstmordanschläge auf zwei Moscheen, die vorwiegend von Houthi-Anhängern besucht werden. Dabei starben mindestens 142 Menschen, über 350 wurden verletzt.

Tunesien

Anschlag auf Nationalmuseum in Tunis

23 Menschen, darunter 20 Touristen, wurden am 18.03.15 bei einem Angriff auf das Bardo-Nationalmuseum in Tunis getötet und 40 Menschen verletzt. Es handelt sich um den schwersten Terroranschlag in Tunesien seit mehr als vier Jahren. Nach Angaben der Regierung eröffneten die in Militäruniformen gekleideten Angreifer das Feuer auf Touristen, als diese auf dem Vorplatz des Museums aus einem Bus stiegen. Anschließend wurden sie in das Innere des Gebäudes getrieben und als Geiseln genommen. Ein Sonderkommando beendete die Geiselnahme nach 3 Stunden, zwei Attentäter wurden dabei erschossen. Sie waren tunesischer Herkunft, in Libyen ausgebildet und nach Kampfeinsätzen in Syrien für den IS nach Tunesien zurückgekehrt. Zum Anschlag bekannte sich am 19.03.15 der IS. Der tunesische Innenminister teilte am 21.03.15 mit, dass nach einem dritten Attentäter gesucht werde und zehn Verdächtige festgenommen worden seien.

Eritrea/Äthiopien

Äthiopische Angriffe auf Ziele in Eritrea

Nach Angaben eines ranghohen äthiopischen Offiziers soll die äthiopische Luftwaffe am 20.03.15 zwei Ziele in Eritrea bombardiert haben. Demnach seien eine Goldmine rund 150 Kilometer westlich der Hauptstadt Asmara und ein militärisches Depot in Mai Edaga (rund 50 Kilometer südlich von Asmara) angegriffen worden. Das kanadische Unternehmen, das die Bisha-Mine betreibt, sprach lediglich von einem „Akt von Vandalismus“.

Mali

Friedensabkommen

Die Koalition der führenden Rebellengruppen des Nordens hat sich gegen den von der Regierung bereits unterzeichneten Friedensplan ausgesprochen. Daraufhin lehnte die Regierung am 18.03.15 die weitere Teilnahme an Friedensgesprächen ab. Die Rebellengruppen lobten das Abkommen von Algier als Gesprächsgrundlage und plädierten für weitere Verhandlungen unter internationaler Beteiligung.

Sierra Leone

Vizepräsident entlassen

Am 18.03.15 entließ Präsident Koroma seinen Vizepräsidenten Sam-Sumana, nachdem dieser am 15.03.15 bei der US-Botschaft in Freetown Asyl beantragt hatte. Die regierende APC hatte Sam-Sumana die Bildung einer rivalisierenden politischen Bewegung sowie Aufruf zu Gewalt vorgeworfen. Sam-Sumana hatte die Beschuldigungen zurückgewiesen und den Parteiausschluss abgelehnt.

Erneute Ausgangssperre

Am 19.03.15 wurde erneut eine dreitägige Ausgangssperre für die Hauptstadt Freetown sowie den Norden des Landes verhängt. Die Ausgangssperre soll vom 27. bis 29.03.15 gelten und die Ebola-Epidemie eindämmen.

Nigeria

Nur noch drei LGA unter Boko-Haram-Kontrolle

Am 17.03.15 gab der Chef des Armeestabs, Minimah, bekannt, dass von ursprünglich 20 von Boko Haram kontrollierten Local Government Areas (LGA) derzeit nur noch Abadam, Kalabaldi und Gwoza (Bundesstaat Borno) unter der Kontrolle der Terroristen stehen würden.

Massengrab in Damasak entdeckt

Am 19.03.15 entdeckten Soldaten unter einer Brücke außerhalb der Stadt Damasak an der Grenze zum Niger ein Massengrab mit mindestens hundert Leichen, darunter der Imam der Stadt. Die meisten waren vermutlich von Boko Haram erschossen worden, einige wurden enthauptet. Die Stadt war Ende November 2014 von Boko Haram erobert und am 09.03.15 von tschadischen und nigrischen Truppen befreit worden.

Erneute Einnahme von Gamboru durch Boko Haram

Nach dem Abzug tschadischer Truppen aus der Stadt Gamboru (an der Grenze zu Kamerun) am 12.03.15 sollen Boko-Haram-Kämpfer die schutzlose Stadt am 18.03.15 erneut eingenommen und elf Einwohner getötet haben. Die tschadische Armee hatte Gamboru Anfang Februar 2015 aus den Händen der Boko Haram befreit.

Boko-Haram-Kämpfer töteten Ehefrauen

Bereits mehrere Tage vor der Rückeroberung von Bornos zweitgrößter Stadt Baga am 16.03.15 durch das nigerianische Militär sollen laut Zeugenangaben Boko-Haram-Kämpfer Dutzende Nigerianerinnen, die mit ihnen zwangsverheiratet waren, getötet haben. Dies sei auf Befehl des örtlichen Kommandeurs der Terroristen geschehen, um eine Verheiratung der Frauen mit Ungläubigen zu verhindern.

Südsudan

Südsudanesische Flüchtlinge in Sudan

Nach UNHCR-Angaben flohen nach den gescheiterten Friedensgesprächen zwischen der Regierung Südsudans und den Rebellen um den ehemaligen Vizepräsidenten Riek Machar (vgl. BN v. 09.03.15) Tausende Südsudanesen nach Sudan. Seit dem 08.03.15 seien wegen wieder aufgeflammter Kämpfe etwa 4.000 Personen aus dem südsudanesischen Bundesstaat Upper Nile in den sudanesischen Bundesstaat White Nile geflohen. Weitere 900 Personen hätten in Südkordofan Zuflucht gesucht.

Somalia

Al-Shabaab-Führer getötet

Nach Angaben des US-Verteidigungsministeriums vom 18.03.15 wurde am 12.03.15 bei einem amerikanischen Drohnenangriff nahe der südsomalischen Stadt Dinsoor (Region Bay) Adnan Garaar, ein hochrangiger al-Shabaab-Führer, getötet. Er soll für den Anschlag auf das Einkaufszentrum Westgate in Kenia im September 2013 mit mehr als 60 Toten verantwortlich gewesen sein.

Gewalt zwischen Clans in der Region Hiiran

Bei gewalttätigen Auseinandersetzungen zwischen Clanmilizen der Hawadle (Clanfamilie Hawiye) und der Suure (Clanfamilie Dir) nahe Beledweyne in Zentralsomalia kamen am 21.03.15 mindestens zwölf Personen ums Leben, Dutzende wurden verletzt. Die Gründe für die Kämpfe sind unklar. Es werden lang andauernde Landstreitigkeiten, aber auch politische Streitigkeiten um die Repräsentation der beiden Clans bei künftigen Wahlen genannt.

Korruption auf Regierungsebene

Dem obersten Rechnungsprüfer zufolge ergab eine Untersuchung des Finanzgebarens der Regierung, dass Angehörige der meisten der 25 Ministerien staatliche Gelder für private Zwecke missbrauchen. Er selbst habe mehrere Mitglieder seines 61-köpfigen Teams entlassen müssen, da sie Bestechungsgelder von den untersuchten Ministerien angenommen hätten. Die Ergebnisse der Erhebung würden wahrscheinlich das Verhältnis zu den Geberländern belasten.

DR Kongo

Teil der bei Pro-Demokratie-Treffen verhafteten Aktivisten wieder frei

Von den am Abend des 15.03.15 in Kinshasa im Kulturzentrum Eloko Makasi bei einer Pressekonferenz der kongolesischen Jugendbewegung Filimbi verhafteten mindestens 28 Personen (u.a. Pro-Demokratie-Aktivisten, Journalisten, Musiker und ein US-Diplomat) befanden sich laut Angaben des Rechtsanwalts der Bewegung am 19.03.15 noch mindestens sieben in Haft. Die Freilassung des US-Diplomaten und der ausländischen Journalisten erfolgte noch am 15.03.15. Die vier ausländischen Pro-Demokratie-Aktivisten (drei Senegalesen und ein Burkiner), die beschuldigt worden waren, einen bewaffneten Umsturz im Kongo vorzubereiten, wurden am 16.03.15 ausgewiesen. Sieben kongolesische Musiker kamen am 17.03.15 wieder frei. Etwa ein Dutzend Aktivisten, die am 17.03.15 in der ostkongolesischen Stadt Goma vor dem Sitz des Geheimdienstes für die Freilassung der in Kinshasa am 15.03.15 inhaftierten Personen demonstriert hatten und verhaftet worden waren, wurden noch in der Nacht desselben Tages wieder freigelassen. Das Treffen in Kinshasa diente der Vernetzung von Initiativen, um eine befürchtete verfassungswidrige dritte Amtszeit von Staatspräsident Kabila zu verhindern.

Bosnien und Herzegowina

EU-Assoziierungsabkommen in Kraft – neuer Reformansatz

Nach Reformzusagen Bosniens und Herzegowinas gaben die EU-Außenminister am 16.03.15 die Zustimmung für das Inkrafttreten des bereits 2008 unterzeichneten Stabilisierungs- und Assoziierungsabkommens. Die Außenminister mahnten jedoch eine konsequente Umsetzung der Reformagenda an, bevor das Land einen EU-Beitrittsantrag in Erwägung ziehen könne.

Politische Auseinandersetzungen der drei Hauptvolksgruppen (Bosniaken [Muslime], Serben und Kroaten) hatten die Reformprozesse in den vergangenen Jahren lahmgelegt. Mit der alten EU-Strategie einer Verfassungsreform als Kern war man gescheitert. Erreicht wurde der Fortschritt nun durch eine Initiative der Außenminister Deutschlands und Großbritanniens (vgl. BN v. 17.11.14). Beide hatten unter den EU-Partnern dafür geworben, die Blockade aufzuheben. Nun geht es vor allem um Reformen der Verwaltung und des Arbeitsmarktes.

Die Umsetzung dieses Reformvorhabens dürfte eine Herausforderung werden. Man wird kaum um eine grundlegende Staatsreform herumkommen. Das Land ist über weite Strecken unregierbar, weil die Politiker gegeneinander arbeiten. Die ethnische Teilung hat sich weiter vertieft und die politische, wirtschaftliche und soziale Krise noch verschärft.

Ukraine

Lage im Osten

Infolge der Waffenstillstandsvereinbarung gingen die Auseinandersetzungen zurück, kamen aber nicht vollständig zum Erliegen. Die Konfliktparteien werfen sich immer wieder gegenseitig vor, die Waffenruhe zu brechen. So wurden neue Explosionen und Gefechte nahe dem Flughafen und am Bahnhof in Donezk gemeldet. Die Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa berichtete über Dutzende Fälle von schwerem Beschuss.

Das Parlament in Kiew genehmigte am 17.03.15 einen Gesetzentwurf, wonach den von prorussischen Separatisten kontrollierten Gebieten im Osten ein Sonderstatus in Aussicht gestellt wird. Voraussetzung ist jedoch, dass Regionalwahlen nach ukrainischem Recht abgehalten werden. Ein Sonderstatus für die von den prorussischen Separatisten kontrollierten Gebiete ist Teil der Vereinbarungen von Minsk im Februar.

Georgien

Großdemonstration gegen die Regierung

Zehntausende haben am 21.03.15 in der Hauptstadt Tiflis an einer der größten Anti-Regierungsdemonstrationen der vergangenen Jahre teilgenommen. Sie machten die Regierung unter Ministerpräsident Irakli Garibaschwili für die Wirtschaftskrise und steigende Kriminalitätsrate verantwortlich. Die Demonstranten wurden von Aktivisten und Führern der oppositionellen „Vereinigten Nationalbewegung“ angeführt, die bis Oktober 2012 die Regierung stellte und nun den Rücktritt der amtierenden Regierung fordert.

Die Wirtschaft ist durch die Ukraine-Krise und den Verfall des russischen Rubels geschwächt worden. Das 2014 geschlossene Assoziierungsabkommen mit der EU gleicht dies nicht aus. Die Währung Lari ist in den vergangenen zwölf Monaten um fast 30 Prozent gefallen.

Georgien/Russische Föderation

Moskau verstärkt Zusammenarbeit mit Südossetien

Der russische Präsident Putin und der Präsident des international nicht anerkannten Südossetiens, Tibilow, unterzeichneten am 18.03.15 in Moskau ein auf 25 Jahre geschlossenes Bündnis- und Integrationsabkommen mit Verlängerungsoption. Es sieht u.a. die Bildung eines gemeinsamen Raumes der Sicherheit und Verteidigung, Wegfall von Grenzformalitäten, Integration der Zollbehörden sowie ein vereinfachtes Verfahren für den Erwerb der russischen Staatsbürgerschaft vor. Zusätzlich sagte Putin dem wirtschaftlich schwachen Gebiet neun Milliarden Rubel (rund 138 Mio. Euro) Unterstützung bis 2017 zu. In den vergangenen sechs Jahren hatte Russland bereits 43 Milliarden Rubel gezahlt. Beobachter gehen davon aus, dass Südossetien eine Vereinigung mit der russischen Teilrepublik Nordossetien anstrebt.

Südossetien hatte sich Anfang der 1990er Jahre von Georgien losgesagt, welches nach einem Krieg im August 2008 vollständig die Kontrolle über Südossetien verlor.

Aserbaidshon

Berg-Karabach-Konflikt

Am 19.03.15 kam es an der Grenze zwischen Berg-Karabach und Aserbaidshon zu einem Schusswechsel mit mehreren Toten auf beiden Seiten. Berg-Karabach meldet drei eigene Tote und vier Verletzte sowie 12 getötete aserbaidshonische Soldaten. Aserbaidshon will bis zu zwanzig Soldaten der Truppen Berg-Karabachs getötet haben. Seit August 2014 sind Zahl und Intensität solcher Kämpfe gestiegen.

Indien

Angriff auf Polizeistation in Kaschmir

Bei einem Angriff einer pakistanischen militanten Gruppe auf eine Polizeistation im Distrikt Kathua im indisch kontrollierten Teil Kaschmirs, rund 15 Kilometer von der Grenze zu Pakistan, starben am 20.03.15 drei Sicherheitsbedienstete und ein Zivilist. Zwei Angreifer wurden erschossen. Dies ist der erste schwere Zusammenstoß seit November 2014, als Armeeposten angegriffen wurden (vgl. BN v. 01.12.14).

In der Region kämpfen verschiedene Gruppen für die Unabhängigkeit Kaschmirs oder dessen Anschluss an Pakistan, von denen sich bislang keine zum Anschlag bekannte.

China

Gewalt in Xinjiang

Wie Radio Free Asia am 18.03.15 berichtete, erstachen Uiguren am 08.03.15 im Kreis Yarkand (chin.: Shache) in der Präfektur Kashgar einen lokalen Leiter der Sicherheitskräfte, zwei seiner Familienmitglieder sowie eine weitere Person auf offener Straße. Sicherheitskräfte erschossen kurz darauf die sieben Angreifer. Bei einem weiteren Vorfall am 12.03.15 verletzten Uiguren vor einem Spielkasino in der Stadt Kashgar mehrere Passanten mit Messern. Sicherheitskräfte erschossen vier der sechs Angreifer.